Nach Ansicht des Führers des "Rete 28 Aprile" (Netzwerk 28.April) müssen die Arbeiter gegen das Abkommen stimmen und versuchen, es zu verändern.

Giorgio Cremaschi: "Die wirtschaftsliberale Linie hat über die Gewerkschaft gesiegt"

Fabio Sebastiani

Die Gewerkschaft ist bereits im Urlaub. Erscheint Dir das nicht ein bisschen früh?

"Die Vertagung auf den September ist eine äußerst gravierende Angelegenheit. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge gibt es keine Konsultation. Wenn ich von Konsultation spreche, dann meine ich eine Urabstimmung mit transparenten Regeln und nicht mit bulgarischen Modellen Anm.1> wie einst. Dem muss eine korrekte Informationskampagne vorausgehen, bei der sich die Arbeiter auch über die Gründe für das Nein informieren können. Wobei es eine schöne Sache wäre, wenn sich wirkliche und wahrhaftige Komitees für das Nein bilden würden."

Viele haben sich mit dem Argument für das Abkommen eingesetzt, dass es gut für die Jungen sei. Aber werden die Jungen und die Prekären abstimmen?

"Dieses Abkommen ist mit Hilfe einer falschen ideologischen Kampagne entstanden, die die Jungen gegen die Alten stellte und am Ende gerade sie hereingelegt hat. Erstens weil gerade das Gesetz Nr. 30 konsolidiert wird. Ja, es sogar Verschlechterungen (wie bei den Zeitverträgen) gibt. Und dann weil man die <am 23.Juli 1993 endgültig abgeschaffte> Scala mobile (automatische Anpassung der Löhne an die Inflation) bei den Koeffizienten und der Berechnung der Renten umgekehrt wieder einführt. Hier spielt sich wirklich eine Katastrophe ab. Das Dini-Gesetz <d.h. die Renten-Gegenreform von 1995> wird noch weiter verschlechtert."

Okay, aber zumindest gibt es diese Mindestschwelle von 60% Lohnersatz.

"Es stimmt, dass das Protokoll bezeichnenderweise von einer Rente in Höhe von 60% des Lohnes für die prekär Beschäftigten spricht, was in heutigen Zahlen eine Rente von 400-500 Euro im Monat bedeutet. Dies ist allerdings nur eine Hypothese, während die Senkung der Koeffizienten ab 2010 sicher ist und von einem Anhang zum Abkommen bereits auf 6-8% festgelegt wird. Darüber hinaus wird es alle drei

Jahre per Regierungsdekret eine Überprüfung geben, ohne dass die Gewerkschaft da ihre Nase reinstecken kann. Für sie ist es damit allerdings noch nicht zu Ende, weil ab 2011 die Beiträge aller Beschäftigten steigen werden, während für die Scheinselbständigen die Beitragserhöhung sogar noch höher ausfällt. Im Wesentlichen bezahlt die Welt der Arbeit die Veränderungen bei den Renten aus der eigenen Tasche und gibt es keinen Pfennig Umverteilung des Einkommens <zu ihren Gunsten>. Ohne dabei zu erwähnen, dass zur Liste der Schweinereien auch noch die Schande der Beiträge gehört, die die *Padroni* <Bosse> bei den Überstunden geschenkt bekommen. Weniger Sozialabgaben und längere Arbeitszeiten. Wirklich ein schönes, wirtschaftsliberales Programm."

Beginnen wir beim Kapitel Renten.

"Was die Renten anbelangt, kommt man am Ende auf ein Rentenalter von 62 Jahre, mit 35 Beitragsjahren, d.h. ein Jahr weniger als bei der Maroni-Reform. Und bei den besonders anstrengenden Arbeiten gibt es den Hohn der 5.000 Beschäftigten, die auf dieser Grundlage pro Jahr vorzeitig in Rente gehen können – mit dem Zusatz, dass darüber eine Kommission das letzte Wort haben wird. Andererseits steigt auch bei den verschleißenden Arbeiten das Mindestrentenalter auf 59 Jahre (bei 35 Beitragsjahren). Und schließlich ist da dieser skandalöse Krieg zwischen Armen, der dadurch ausgelöst wird, dass man diejenigen, die über die Altersrente in Pension gehen, die Veränderung der Fenster für diejenigen bezahlen lässt, die auf 40 Beitragsjahre kommen. Die Frauen müssen dann über das 60. und die Männer über das 65.Lebensjahr hinaus arbeiten. Andererseits ist es eine Heuchelei zu sagen, dass man die Altersrente der Frauen verteidigt habe, weil die Altersrente der Frauen durch die Anhebung des Rentenalters auf 61 bis 62 nicht bei 60 Jahren bleiben wird."

Kann man versuchen, daran etwas zu ändern?

"Ich würde sagen, dass die Ablehnung dieses Abkommens voller (da benutze ich Epifanis Worte zum Thema Arbeitsmarkt) Schweinereien, den Arbeitern gut tun würde, weil es eine strategische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verhindern würde, der die eine oder andere Verbesserung bei den Mindestrenten und der Arbeitslosenhilfe gegenübersteht, die an dem allgemeinen Vorzeichen eines weiteren Verlusts allerdings nichts ändert. Ich wiederhole: Wenn dieses Abkommen abgelehnt wird, kann man bessere Bedingungen schaffen. Man sollte sich nicht durch die Drohung der Regierung erpressen lassen, ansonsten an der von der Berlusconi-Regierung < Mitte 2004 beschlossenen > Anhebung des Rentenalters im Jahre 2008 auf 60 Jahre festzuhalten, weil dieses Abkommen noch schlechter ist. Eine Ablehnung würde die Marschrichtung der Sozialpolitik in Italien verändern und einer Gewerkschaft mit Sicherheit gut tun, die eine schlecht begonnene und schlecht geführte Auseinandersetzung ganz übel abgeschlossen hat. Dieses Abkommen ist eine Neuauflage der wichtigsten Berlusconi-Gesetze in punkto Sozialstaat, Arbeitsmarkt und Tarifverträge. Ein verpfuschtes Abkommen, gewiss, aber auch ein hochgradig ideologisches, dass die Flexicurity ankündigt und das erklärt, dass ab jetzt die Arbeiter jede Operation in Sachen Sozialstaat bezahlen und mit ihrem Geld die Ausgeglichenheit der Haushalte garantieren müssen. Das ist der totale Sieg der wirtschaftsliberalen Linie von <Finanzminister und ex-EZB-Direktor> Padoa Schioppa über die Gewerkschaft und insbesondere über die CGIL. Deshalb haben die Arbeiter jedes Interesse daran, dieses Desaster umzukehren."

Welche Auswirkungen hat das für die Gewerkschaft?

"Was die CGIL anbelangt, ist die Niederlage sehr bitter und ganz gravierend. Im Grunde ist es so, dass <der christdemokratische und der früher PSI-nahe Gewerkschaftsbund> CISL und UIL <Anfang Juli 2002 mit den Kapitalistenverbänden und der Berlusconi-Regierung> den Pakt für Italien unterschrieben hatten und sich hier viele Inhalte dieses Abkommens wieder finden. Die CGIL hatte allerdings gegen diesen Ansatz gekämpft und soll ihn jetzt schlucken. Epifanis Brief <an Prodi> ändert nichts an der Substanz eines Abkommens, das am 23. Juli geschlossen wurde. Dieses Abkommen ähnelt sehr stark dem Abkommen vom 31. Juli 1992, das zum Rücktritt <des damaligen CGIL-Chefs> Trentin führte, ein katastrophalen Abkommen, bei dem auch damals ein Ministerpräsident <der heutige Innenminister> Amato der CGIL mit seinem Rücktritt drohte, wenn sie es nicht unterzeichnen würde."

Wie lässt sich dieses Abkommen mit den Ergebnissen des letzten Gewerkschaftstages der CGIL in Einklang bringen?

"Epifanis Erklärung über das Ende der Sozialpartnerschaft ist ein Zeichen für das Scheitern der Linie des Kongresses. Der gesunde Menschenverstand würde dazu raten, dass die CGIL einen neuen Gewerkschaftstag abhält und die Unabhängigkeit der Gewerkschaft vom politischen Rahmen in den Mittelpunkt stellt."

Anmerkung 1:

Das "bulgarische Modell" ist in Italien Synonym für Abstimmungen nach Art der SED oder KPdSU, bei denen die direkten und indirekten Bedingungen selbst bei schwerem Dissens für ein erstaunliches Maß an "Einmütigkeit" und weit über 90% Ja-Stimmen sorgten.

Vorbemerkung, Übersetzung, Anmerkung und Einfügungen in eckigen Klammern: Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de